

BRH-AKTUELL

Herausgeber: Seniorenverband BRH
- Bund der Ruhestandsbeamten, Rentner und Hinterbliebenen im DBB -
Tel.: 06131/223371, Fax: 06131/225625, E-Mail: post@brh.de, Internet: www.brh.de

Redaktion: Heinrich Kroner

Nr. 04/2012

01.02.2012

- 01 BRH fordert, Kindererziehungszeiten rentenrechtlich anzuerkennen
- 02 Altersgrenzen haben in einem Europäischen Jahr für aktives Altern keinen Platz!
- 03 Bürger bauen trotz Krise mehr Vermögen auf
- 04 Niedrige Löhne: Deutschland Mitschuld an der Euro-Krise
- 05 Dem Heißhunger ein Schnippchen schlagen
- 06 Koch pinkelte Richtern ins Kantinenessen
- 07 Rechenfehler: Finanzamt überweist 85.000 Euro
- 08 Steuerkontrolle bei Rentnern - Überprüfungswelle angekündigt
- 09 Desinfektionsmittel: Zu viel Hygiene kann schädlich sein
- 10 Kräftige Lohn-Dosis für Ärztechef

01 BRH fordert, Kindererziehungszeiten rentenrechtlich anzuerkennen

Der BRH-Bund hat folgendes Schreiben an die Parteivorsitzenden sowie die Bundesministerin für Arbeit und Soziales und die Bundesfamilienministerin gerichtet und gefordert, auch bei den Geburtsjahrgängen vor 1992 den Müttern drei Kindererziehungsjahre anzuerkennen:

„Sehr geehrte...

Mütter erbringen durch Kindererziehung und –betreuung eine Leistung, die für unsere Gesellschaft nicht hoch genug bewertet und angesehen werden muss. Jungen Müttern müssen bessere Perspektiven geschaffen werden, nach Ablauf der Erziehungszeit wieder adäquat in das Berufsleben zurückzukehren. Wesensnotwendig ist

hierfür der Auf- und Ausbau eines besseren Betreuungssystems mit qualifizierten Erzieherinnen und kindgerechten Einrichtungen. Von nicht zu unterschätzendem Wert ist die Leistung, die die heutigen Omas und Opas bei der Betreuung ihrer Enkel erbringen. Selten war die intensive Betreuung durch die Großeltern so wichtig, wie heute. Den Großmüttern von heute wird nach wie vor Unrecht getan, in dem bei ihnen lediglich ein Jahr Kindererziehungszeit auf die Rente angerechnet wird. Dies trifft all jene, deren Kinder vor dem Jahr 1992 geboren sind.

Wir möchten Sie bitten, dass sich Ihre Partei für eine Gleichstellung und somit eine Aufwertung der Leistungen der älteren Mütter einsetzt und auch ihnen drei Babyjahre angerechnet werden. Auch für die jungen Frauen wäre das ein positives Signal, das Mut macht, Kinder zu gebären und eine Wertschätzung für die Leistung Kinder groß-zuziehen.

Mit freundlichen Grüßen

*(Gertrud Schäffler-Kroner)
BRH-Bundesvorsitzende“*

Der dbb wurde um entsprechende Unterstützung der BRH-Forderung gebeten und ein entsprechender Pressedienst ging an die Medien.

02 Altersgrenzen haben in einem Europäischen Jahr für aktives Altern keinen Platz!

In einem Grundsatzpapier fordert die Bundesarbeitsgemeinschaft der Senioren-Organisationen (BAGSO), die über ihre 109 Mitgliedsverbände rund 13 Millionen ältere Menschen in Deutschland vertritt, Altersgrenzen aufzuheben und die mit ihnen verbundene Altersdiskriminierung zu beenden.

„Altersgrenzen werden der höchst unterschiedlichen Entwicklung von Menschen nicht gerecht und sind in höchstem Maße diskriminierend. Zudem verhindern sie, dass ältere Menschen ihre Kenntnisse und Kompetenzen in die Gesellschaft einbringen können. Und das können wir uns als alternde Gesellschaft gar nicht leisten“, so die Vorsitzende der BAGSO und frühere Bundesfamilienministerin Prof. Dr. Ursula Lehr. Auf der Grundlage eines einheitlichen Bezugspunktes für die Rentenberechnung (Regelaltersgrenze) sprechen sich die Seniorenorganisationen für eine Flexibilisierung von Lebensarbeitszeiten auf freiwilliger Basis aus. Flankiert werden muss dies durch die Einführung eines – das gesamte Arbeitsleben begleitenden – Alternsmanagements in Betrieben. Starre Altersgrenzen für bestimmte Berufe stellen eine unverhältnismäßige Einschränkung des Grundrechts auf Berufsausübung dar. Auch für den Bereich des ehrenamtlichen Engagements spricht sich die BAGSO für ein Umdenken aus.

Weiter plädieren die Seniorenorganisationen für einen erweiterten Diskriminierungsschutz im Bereich des Zugangs zu Dienstleistungen. So müssen Banken und Versi-

cherungen zu mehr Transparenz verpflichtet werden, um ungerechtfertigte Ungleichbehandlungen erkennen und verhindern zu können.

Sie finden das Positionspapier in einer höheren Auflösung unter www.bagso.de sowie unter www.bagso.de/publikationen/positionen.html.

03 Bürger bauen trotz Krise mehr Vermögen auf

Die deutschen Privathaushalte haben trotz der Unsicherheit an den Finanzmärkten im vergangenen Jahr ihr Vermögen vergrößern können. Das Bruttogeldvermögen stieg schätzungsweise um rund ein Prozent auf 4,74 Billionen Euro. Statistisch besitzt demnach jeder Deutsche Ersparnisse von rund 57.900 Euro, das sind immerhin 600 Euro mehr als ein Jahr zuvor. Abzüglich der Schulden lag das Nettogeldvermögen der Deutschen 2011 bei insgesamt 3,18 Billionen Euro, im Vergleich zu 3,15 Billionen Euro für 2010.

Kurzfristige Geldanlagen gefragt

Gefragt ist die sichere Kapitalanlage! Den Großteil ihres Geldes legten die Deutschen auf kurzfristig verfügbaren Konten an. Der Bestand an Sichteinlagen stieg dabei um knapp 40 Milliarden Euro. Es wird vermutet, dass die Anleger mit der kurzfristigen Verfügbarkeit der Gelder schnell auf Investitionsmöglichkeiten reagieren wollen.

Tagesgeld, Aktien, Anleihen, Versicherungen

Die vorsichtige Haltung der deutschen Anleger zeigt sich auch in der Aufteilung des Geldvermögens. Etwa 40 Prozent (1,9 Billionen Euro) des Geldes liegen als Sicht-, Termin- und Spareinlagen sowie Sparbriefen bei Banken und Sparkassen. Der Anteil der Kapitalmarktprodukte wie Aktien, Investmentfonds und Rentenpapiere sank hingegen um einen Prozentpunkt auf 23,5 Prozent. Der Anteil an Versicherungen belief sich auf rund 30 Prozent.

(Quelle: dpa/t-online.de, 24.01.2012)

04 Niedrige Löhne: Deutschland Mitschuld an der Euro-Krise

Trotz Euro-Krise gilt Deutschlands Wirtschaft noch unerschütterlich stark. Beim europäischen Rettungsfonds ESM schultert Deutschland mit knapp 190 Milliarden von 500 Milliarden Euro den Löwenanteil. Doch die niedrigen Zuwächse bei Löhnen und Gehältern sind nach Ansicht von UN-Experten auch Ursache der Probleme in der Euro-Zone.

Günstigere Arbeitskosten verschafften den deutschen Exporteuren Wettbewerbsvorteile, weil in Deutschland wegen der schwächeren Einkommensentwicklung die Nachfrage hinterherhinkte, können die betroffenen Länder keinen Ausgleich durch

Exporte nach Deutschland erzielen. Diese Entwicklung habe in anderen Ländern der Eurozone "nachteilige Folgen für die Tragfähigkeit der öffentlichen Finanzen" gehabt.

900 Millionen Menschen unter der Armutsschwelle

Erschwerend hinzu kommen aber noch rund 900 Millionen Menschen - größtenteils in Entwicklungsländern -, die trotz Arbeit unter der Armutsschwelle von zwei Dollar pro Tag leben. "Jeder dritte Arbeitnehmer auf der Welt ist arbeitslos oder lebt trotz Arbeit in Armut - das sind rund 1,1 Milliarden Menschen", sagte ILO-Generalsekretär Juan Somavia. Die Schaffung von Jobs müsse für Regierungen und Unternehmen oberste Priorität haben.

(Quelle: dpa 24.01.2012)

05 Dem Heißhunger ein Schnippchen schlagen

Kaum gefrühstückt und schon meldet sich der kleine Hunger? Möglicherweise haben Sie dann die falschen Frühstückszutaten ausgewählt.

Weißbrot oder helle Nudeln sind leicht verdauliche Kohlenhydrate und gehören zu den "Wenig-Sattmachern". Wer Hungerattacken vermeiden will, sollte es mit Vollkornprodukten und ballaststoffreichen Lebensmitteln wie Hülsenfrüchte, versuchen. Als idealer Sattmacher gelten Mahlzeiten, die eiweißhaltige Lebensmittel enthalten. Der Grund: Um Eiweiß zu verdauen, verbraucht der Körper mehr Energie als für Kohlenhydrate oder gar für Fett. Ein Quarkbrot zum Frühstück oder ein selbstgemachtes Müsli mit Haferflocken ist allemal besser als Honigtoast oder Buttercroissant.

Die Zubereitung spielt auch eine Rolle. Hätten Sie gewusst, dass Salzkartoffeln schneller wieder hungrig machen als Pellkartoffeln? Ernährungswissenschaftlerin Anika Brieske erklärt den Zusammenhang: "Je weiter ein Lebensmittel aufgeschlossen wird, umso weniger Arbeit muss der Körper leisten, um es zu verarbeiten."

Warum viel Volumen satt macht

Wollen Sie mit wenig Kalorien satt werden will, so laden Sie sich den Teller voll – mit Lebensmitteln, die viel Volumen und Wasser enthalten, aber eine geringe Energiedichte haben. Dazu gehören Salat, Gemüse und Obst. Bis man ein Sättigungsgefühl spürt, dauert es nämlich fünfzehn bis zwanzig Minuten. Wer in dieser Zeit beispielsweise einen Salat isst, kaut viel, nimmt wenig Energie auf und fühlt sich trotzdem nach zwanzig Minuten satt.

(Quelle: Ts vom 18.01.2012)

06 Koch pinkelte Richtern ins Kantinenessen

Am hochherrschaftlichen Snaresbrook Crown Court hegten Richter und Anwälte schon länger den Verdacht, dass mit ihrem Essen etwas faul ist. "Es roch seltsam" und "es hat einen üblen Geschmack im Mund hinterlassen" zitiert die Zeitung einige Juristen. Speisen des privaten Kantinenanbieters ließ man untersuchen - und die widerliche Wahrheit kam ans Licht. Ob Suppen, Sandwiches oder Salate, überall fanden die Experten Urinspuren. Nun ermittelt die Polizei. Die Ermittler vermuten, dass ein Kantinenangestellter mit einem Hass auf das Justizsystem seinen ganz privaten Rachefeldzug gestartet hat. Das Catering-Unternehmen entschuldigte sich und suspendierte alle Angestellten von ihrer Arbeit.

(Quelle: t-online.de, 20.01.2012)

07 Rechenfehler: Finanzamt überweist 85.000 Euro

Ein Steuerzahler im Saarland hat Grund zum Jubeln. Er darf die vom Finanzamt ihm versehentlich überwiesenen 85.000 Euro behalten. Das entschied der Bundesfinanzhof in München in einem Urteil (AZ:VII R 55/10). Statt der ihm zustehenden 336 Euro plus Zinsen in Höhe von 58 Euro erhielt er die Summe von 70.995 Euro an Erstattung plus Zinsen von 14.182 Euro. Dass er damit viel zu viel erstattet bekam, verschwieg der Saarländer. Ein Rückforderungsanspruch verjähre fünf Jahre nach Erlass des Einkommensteuerbescheids. Somit kann das betroffene Finanzamt die Überzahlung nicht mehr eintreiben.

(Quelle: dpa, 20.01.2012)

08 Steuerkontrolle bei Rentnern - Überprüfungswelle angekündigt

Die Finanzämter müssen jetzt auf Druck von Bundes- und Landesrechnungshof Daten abgleichen, die bundesweit gesammelt werden. Überprüft werden alle Steuerbürger die zwischen 2005 und 2009 ihrer Erklärungspflicht nicht nachkamen. Das heißt aber nicht, „dass alle Steuern zahlen müssen“, so die Oberfinanzdirektion von Rheinland-Pfalz. Die OFD erwartet auch, dass nur ein geringer Teil der insgesamt 900 000 Senioren im Land überhaupt betroffen sein wird, da ein Großteil von ihnen über so geringe Einkünfte verfügt, dass keine Steuern anfallen. Trotz dieser Mammutaufgabe stehen die Finanzämter selbst unter Kontroll- und Spardruck. Bis 2016 sollen 300 Kräfte und bis 2020 gar 1000 Beamte eingespart werden.

(Quelle: Mainzer Zeitung vom 23.01.2012)

09 Desinfektionsmittel: Zu viel Hygiene kann schädlich sein

Viele Desinfektionsmittel sind nicht nur überflüssig, sondern sie wirken sich sogar eher kontraproduktiv aus. In Krankenhäusern und anderen sensiblen Bereichen ist

der Einsatz von Desinfektionsmittel unerlässlich, aber im privaten Haushalt haben sie meist nichts zu suchen. Desinfektionsmittel sollten im Haushalt nur spärlich benutzt werden. Laut focus.de sind chemische Desinfektionsmittel nur dort sinnvoll, wo viele Menschen zusammentreffen. Daheim sollten Sie diese jedoch nicht benutzen. Denn der Kontakt mit harmlosen Keimen - wie sie im Haushalt auftreten - stärkt auf Dauer unser Immunsystem. Ein hemmungsloser Einsatz aber stärkt die Keime, da diese Resistenzen aufbauen können. Bei ansteckenden Krankheiten im eigenen Haushalt, sollte das Maß an Hygiene gesteigert werden. So macht bei einer Magen-Darminfektion in der Familie das Reinigen der Hände mit einem einfachen Desinfektionsmittel durchaus sehr viel Sinn - allerdings können diese beispielsweise die Ausbreitung eines Norovirus nicht verhindern.

Im Haushalt bedarf es keiner speziellen Mittel. Verwenden Sie einen einfachen Haushaltsreiniger oder Essig. Wichtiger als scharfe Desinfektionsmittel ist, dass Sie häufig den Putzlappen wechseln oder diesen regelmäßig bei 60 Grad in der Waschmaschine waschen.

(Quelle: mp (CF) / (bec)

10 Kräftige Lohn-Dosis für Ärztechef

Die kassenärztliche Bundesvereinigung (KBV) hat ihrem Vorsitzenden, Andreas Köhler, eine kräftige Gehaltserhöhung gewährt. Das sind 90 000 Euro mehr als sein bisheriges Jahressalär von schlappen 350 000 Euro. Auch sein Stellvertreter konnte sich um 40 000 Euro auf nunmehr 300 000 Euro verbessern. Politiker prangern dieses Gebaren an, allerdings sind ihnen in dieser causa die Hände gebunden.

Auf das Niveau vergleichbarer Posten bei dem Verband der Krankenkassen von bis zu 230 00 Euro will sich die KBV nicht einlassen. An der Basis, bei den ganz normalen Kassenärzten, wächst inzwischen der Unmut über ihre Chefs.

(Quelle: Mainzer Zeitung vom 30.01.12)